

Absender:

**CDU/FDP-Gruppe im Stadtbezirksrat  
322**

**21-17180**  
**Anfrage (öffentlich)**

Betreff:

**Sicherheit großschreiben**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.11.2021

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (zur 17.11.2021  
Beantwortung)

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Am 30.10.2021 informierte die Braunschweiger Zeitung mit dem Titel "Nach Morddrohung: Polizei findet in Wohnung radioaktive Stoffe", dass durch die schnelle Reaktion von Polizei und Fachkräften größere Gefahren verhindert werden konnten.

Offensichtlich hatte ein Mitarbeiter eines Braunschweiger Unternehmens mit Sitz in unserem Stadtbezirk radioaktive Substanzen aus einem Betrieb in Braunschweig entwendet. Die radioaktiven Substanzen konnten sichergestellt und zur weiteren Untersuchung in das Strahlenschutzlabor des NLWKN (Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz) in Hildesheim verbracht sowie untersucht werden. Des Weiteren war das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz in den Gesamtvorgang eingebunden.

Trotz des Ergebnisses, dass eine Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt nicht besteht, bleiben Fragen offen.

Der Stadtbezirksrat 322 bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welchen Fakten basiert die Feststellung des NLWKN, dass "eine Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt nicht besteht"? (was waren das für Substanzen mit welcher Aktivität?)
2. Wie werden die Sicherheitsvorkehrungen schnellstmöglich verändert, um derartiges Entwenden von radioaktiven und sonstigen Substanzen aus dem Unternehmen künftig gänzlich zu unterbinden?
3. Unter welchen Umständen gab es weitere "Verluste" von radioaktiven und sonstigen Substanzen am Sitz dieses Unternehmens in Braunschweig mit welchen Konsequenzen?

gez.

Heidemarie Mundlos

**Anlage/n:**

keine